



Wissenschaftliche Politikberatung



© Christoph Goos

Thorsten Moos

Wissenschaftliche Politikberatung ist ein hochgradig ausdifferenziertes Unternehmen. Neben politischen Stiftungen, Wissenschaftsakademien und zahlreichen Ad-hoc-Kommissionen sind auch die Kirchen und andere zivilgesellschaftliche Akteure stark engagiert. Zugleich wächst der Umfang an Beratung als Folge des Entscheidungsdrucks. In dieser Situation herrscht zwar Konsens darüber, dass wissenschaftliche Expertise nicht an die Stelle politischer Entscheidungsprozesse treten kann. Aber regelmäßig dann, wenn wissenschaftliches Wissen in den Beratungsprozess eingebracht wird, hat dies zur Folge, dass das Wissen selbst Gegenstand politischer Auseinandersetzungen wird. Das zeigt sich etwa auf ökonomischen oder bioethischen Politikfeldern.

Wie verhalten sich Sachfragen, Interessen und die Orientierung am Gemeinwohl zueinander, wenn wissenschaftliche Beratung auf politisches Handeln trifft? Wie wird im öffentlichen Diskurs unterschieden zwischen unumstrittenen Fakten und ethischen Empfehlungen? Diese Fragen waren Ausgangspunkte der Tagung „Wissenschaftliche Politikberatung ohne Rat?“, die vom 3. bis zum 4. Juni 2013 in der Evangelischen Akademie Tutzing stattfand. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie „Ethik“ zwischen Wissenschaft und politischer Entscheidung zu verorten ist. Die Tagung verdankte sich einer Kooperation zwischen dem Institut Technik, Theologie und Naturwissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität München, der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), Heidelberg, und der Evangelischen Akademie Tutzing.

Neben vielen anderen referierte der Molekularbiologe und Präsident der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina, Prof. Dr. Jörg Hacker, zu ethischen Implikationen der wissenschaftsbasierten Politikberatung. In Anknüpfung an Jacques Monod erinnerte er daran, dass die der Wissenschaft inhärente Suche nach „wahrer Erkenntnis“ auf einer ethischen Forderung ruhe, dem der individuelle Wissenschaftler zu folgen habe. Die Aufgabe von Wissenschaftlern sei es, neben der Generierung und Vermittlung neuen Wissens auch die eigene ethische Position deutlich zu machen. So sollten sie, wenn sie mit den Resultaten ihrer Forschung in der Öffentlichkeit auf Ängste stoßen, bereit sein, ihre eige-

nen normativen Einschätzungen offenzulegen und ihre Position argumentativ überzeugend vertreten. Hacker legte dabei besonderes Gewicht auf die Transparenz derjenigen Prozesse, die dem Weg zu einer wissenschaftlichen Empfehlung vorausgehen. Er unterstrich die Bedeutung der institutionalisierten wissenschaftsbasierten Politikberatung, beispielsweise in Form der Akademien wie der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina.

Die hier verortete institutionalisierte Politikberatung habe zwei Funktionen: Zum einen dient sie der Information von Politik und Öffentlichkeit als Grundlage für die spätere Entscheidungsfindung; etwaige Unsicherheiten in der wissenschaftlichen Einschätzung sollten dabei nicht verschwiegen werden. Zum anderen bestehe die Funktion der Politikberatung in konkreten Empfehlungen für Politik und Öffentlichkeit. In beiden Funktionen findet das Verantwortungsethos der Wissenschaft als Institution seinen Ausdruck.

Auf dem Schlusspodium der Tagung diskutierten Prof. Dr. Peter Dabrock (Lehrstuhl für Systematische Theologie, Universität Erlangen-Nürnberg), OKR Katrin Hatzinger (Leiterin der Brüsseler Dienststelle des EKDRatsbevollmächtigten) sowie Prof. Dr. Andreas Busch (Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft und Politische Ökonomie an der Universität Göttingen) unter der Leitung der Moderatoren der Tagung, Dr. Stephan Schleissing und Dr. Thorsten Moos, zu Fragen der Praxis der Politikberatung und der speziellen Rolle des Protestantismus darin. Die Rolle eines Theologen in einem politischen Gremium, so machte Dabrock deutlich, ist eine Gratwanderung. Stärker als anderen Vertretern werden ihm weltanschauliche Positionen zugeschrieben. Zugleich vermag er bestimmte kommunikative Kompetenzen einzubringen, die es ihm erlauben, einen Beitrag auch zu jenen Fragen zu leisten, bei denen ein theologischer Zugang nicht unmittelbar ersichtlich ist.

Katrin Hatzinger legte dar, inwieweit die evangelische Stimme in politische Prozesse eingebracht wird. Ohne die eigene Position zu überschätzen, werde der Rat der Kirchen dabei durchaus geschätzt. Dabei sei es wichtig, möglichst früh im Prozess des Agenda-Settings Einfluss auf die Meinungsbildung zu nehmen.

Andreas Busch wies darauf hin, dass in der Öffentlichkeit eine Tendenz bestehe, Politikberatung als Ansatz für Reformpolitik zu überschätzen. Wissenschaft könne nur bedingt handlungsrelevante Empfehlungen liefern. Denn der politische Prozess folge nur sehr eingeschränkt einem Paradigma der Steuerung. Stärker als Planung fungiere für den politischen Bereich die Ausrichtung an Legitimationsfragen, die in demokratischen Zusammenhängen eben nur bedingt an der Wissenschaftlichkeit von Entscheidungen ausgerichtet werden.

Die Frage sei, wie die Kirchen angesichts dieses Prozesses öffentlicher Meinungsbildung agieren sollen. Dass sie sich in gesellschaftlich relevante Debatten einbringen, sei völlig legitim. Aber auch hier müsse man sehen, dass ethische oder religiöse Gesichtspunkte in einem Geflecht von Machtansprüchen stünden, deren Legitimität über die Organisation von Mehrheiten hergestellt werde.

Laufzeit:
2013

gefördert von:
Fritz-Thyssen-Stiftung u.a.

bearbeitet von:
Thorsten Moos
in Kooperation mit
Dr. Stephan Schleissing,
TTN

Foto links:
Referat von Prof. Dr. Klaus Tanner
auf der Tagung „Wissenschaftliche
Politikberatung“